

SSW-Parteitag, Husum, 31.10.2009

Tagesordnungspunkt 7b

Bericht der Landtagsgruppe

Redebeitrag von Lars Harms, MdL

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtagsgruppen

Flenborghus

Norderstr. 74

D24939 Flensburg

Landeshaus

Düsternbrooker Weg 70

D-24105 Kiel

tlf. +49 431 988 1380

landtag@ssw.de

Kære venner, liiw följkens!

Landtagsgruppens sidste arbejdsår har været et bevæget år. Det almindelige landdagsarbejde blev overskygget af den store koalitions problemer - og dem var der mange af. Så mange, at vi til sidst måtte gennem et valg i utide.

Jeg vil på landdagsfraktionens vegne benytte lejligheden til at sige tak for den indsats i allesammen har ydet i valgkampen. Det har været en selvfølge for mange, at give det yderste i kampen for SSWs mandater. Men vi ved alle, hvor krævende det er. Og efter at vi lige havde overstået en fremragende kommunalvalgkamp, var det ikke en selvfølge at alle SSWere, alle fra det danske og det frisiske mindretal, alle medarbejdere og alle vore venner uden tøven trak i arbejdstøjet midt i sommerferien. En arken, wat for üüs gemiissom müüjlj önj e woolkamp stran heet, heet üüs gou resultoot jarst möölik mååget. Nu er vi fire; og dermed er vi en fraktion og vi fire siger sammen med medarbejderne tak for jeres indsats. Foole tunk jam åltumååle!

In der Rückschau muss man erst einmal nachdenken, was außer Koalitionskrieg noch in den letzten 12 Monaten politisch stattgefunden hat. Aber natürlich gab es im abgelaufenen Jahr mehr als nur das schwarz-rote Koalitionschaos.

Betrachten wir das vergangene Jahr so können wir mit Fug und Recht feststellen, dass wir im Bereich der Minderheiten erhebliche Fortschritte gemacht haben. Die Absicherung der dänischen Schülerbeförderung spielte dabei die zentrale Rolle und war ja auch Thema auf dem letzten Parteitag. Wir haben jetzt eine Regelung gefunden, die die Basis für eine vernünftige Bezuschussung bietet. Dafür hat das Land noch einmal mit bis zu 550.000 Euro tief in die Tasche gegriffen. Um es klar zu sagen, ohne unseren Einsatz im Landtag und ohne den Druck der SSWer in den Kreisen und Kommunen, hätte es eine solche Regelung nicht gegeben. Keine andere Partei setzt solche Themen auf die Tagesordnung. Es mag uns freundlich gestimmte Kollegen in anderen Parteien geben – richtig Schub in die Sache bringt aber immer erst der SSW!

At vi er kommet et skrift videre betyder dog ikke, at vi er nået til vejs ende. Elevbefordringen til de danske skoler i Sydslesvig er stadig ikke en lovpligtig opgave. Derfor vil SSWs landdagsgruppe også i den nye valgperiode have dette emne stående langt oppe på på sin politiske dagsorden.

Kigger vi på finanslovsforhandlingerne for årene 2009 og 2010 så kunne vi også sørge for, at SSF fik forhøjet sit tilskud med 30.000 euro – øremærket til Danevirke museet. Ån uk et Nordfriisk Instituut füng wat mör önj e kase, am e lüünjamkoostinge ouftudäken. Desuden førte forhandlingerne også, at det atter lykkedes SSW at holde Fælleslandboforeningen oven vande.

Sammenfattende sagt har mindretalspolitikken også i det forgangne år spillet en central rolle i landdagsgruppens arbejde. Og selvfølgelig vil det også blive et helt centralt emne for landdagsfraktionen i fremtiden. Udover at vi er organisationernes talerør i det politiske rum i Kiel, at vi sørger for, at økonomien i vore organisationer og institutioner kan holde sammen, vil sprogpolitikken i fremtiden spille en endnu større rolle. Derfor er SSWs debatoplæg til en sprogpolitik efter min opfattelse et afgørende skridt hen imod en ny defineret og udvidet mindretalspolitik. Mindretallene må have mulighed for at manifestere sig i alle offentlige sammenhænge.

Die dänische und die friesische Minderheit prägen genauso das Zusammenleben in unserer Heimat, wie die Mehrheit. Wir sind ein Teil des Ganzen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Mehrheit von neuen Wegen in der Minderheitenpolitik zu überzeugen. Hierfür bieten unsere Ideen für eine aktive Sprachpolitik für das Dänische und das Modell Nordfriesland für die friesische Sprache hervorragende Ansatzpunkte. In Zukunft wird die Sprachpolitik mehr und mehr eine zentrale Rolle in unserer Arbeit spielen. Davon bin ich überzeugt. Es ist immer wieder der SSW, der Minderheitenpolitik voran bringt. Und deshalb – aber nicht nur deshalb – braucht das Land auch den SSW.

Kære venner!

I har landdagsgruppens skriftlige beretning i jeres delegeretmapper og i har kunnet læse en del om vores arbejde i avisen. Derfor vil jeg ikke komme ind på alt, der har beskæftiget os siden september 2008. Men udover al balladen i Kiel har der været to politiske emner, der har fyldt mere end alle andre: Spørgsmålene om HSH Nordbanks krak og om CO2-lageret i Sydslesvig.

Seitdem ich im Landtag Sitze hat kein Thema den Landtag so intensiv und dauerhaft beschäftigt, wie die Bruchlandung der Chaospiloten von der HSH Nordbank. Auf der einen Seite kann man es fast nur noch mit schwarzem Humor nehmen, wie dilettantisch die Bank und die Landesregierung in dieser Sache manövriert haben. Aber leider ist es todernst, denn an dem seidenen Faden, der die Bank bisher vor einem Absturz gerettet hat, hängt auch die Existenz des ganzen Landes Schleswig-Holstein.

Die Hamburger Bürgerschaft und der Schleswig-Holsteinische Landtag haben Anfang April einer Eigenkapitalzufuhr der HSH Nordbank und einer Garantiegewährung von insgesamt 13 Milliarden Euro zugestimmt. Nur zum Vergleich: Schleswig-Holstein gibt jährlich 1,5 Milliarden aus, um alle Schulen, Lehrer, Polizeireviere und Polizisten im Land zu finanzieren.

Mit einer so unvorstellbar großen Geldspritze - so sollte man meinen - kehrt erst einmal Ruhe in die Diskussion um den laufenden Betrieb unserer Landesbank ein. Aber: weit gefehlt! Statt Arbeitsruhe gibt es tagtäglich ein neues Scheibchen HSH-Krise zum Frühstück. Die Diskussion der letzten Monate und die damit einhergehenden Entscheidungen haben aus Sicht des SSW bereits eindrucksvoll belegt, dass kaum einer der Akteure ein Interesse am Wohl des Landes Schleswig-Holstein hatte.

Als Erster hat dies unser eigener Finanzminister Herr Wiegand bewiesen. Ende November letzten Jahres hat sich die Landesregierung gegen eine schnellstmögliche Aufspaltung der HSH in eine Kernbank und eine Konsolidierungsbank entschieden. Dadurch wurde eine mögliche Kapitalaufstockung durch den Bund abgelehnt. Der SSW hatte bereits Anfang des Jahres darauf hingewiesen, wie fatal es von der Landesregierung war, die

Verhandlungen mit dem Bund der HSH Nordbank zu überlassen. Denn ihr Interesse war es nur, möglichst billig an viel Geld zu gelangen - und das ist ihr auch gelungen. Diese Instrumentalisierung der Landesregierung durch eine Bank und die damit einhergehenden finanziellen Konsequenzen für das Land Schleswig-Holstein hat der SSW wiederholt kritisiert. Für diese Vorgehensweise hätte es eigentlich Konsequenzen geben müssen. Schließlich hätte der Bund die Risiken auch übernehmen können. Stattdessen hat der Ministerpräsident seinen Finanzminister jetzt auf seinem Platz belassen. Das Verhalten der Landesregierung bei der Aufarbeitung der HSH-Krise ist bald ebenso skandalös wie die Krise selbst.

Ende März hat der Landtag schon deutlich gemacht, dass er erwartet, dass seine Vorgaben an die Bank von der Landesregierung durchgesetzt werden. Zu diesen Vorgaben gehörten unter anderem, dass die Prinzipien des „good governance“ berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört die Verbesserung des Risikosystems der Bank, die Ausweitung der Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat, die Optimierung der Informationspolitik, die Begrenzung der Vorstandsgehälter und die Veränderung der Gehaltsstrukturen. Der SSW hat der damaligen Resolution als einzige nicht zugestimmt, weil wir der Meinung waren, dass eine Resolution zu lasch ist. Wir wollten feste bindende Regeln. Die Mehrheit - außer uns waren das alle Fraktionen - wollte dies nicht. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

In der HSH Nordbank werden Boni und Sonderzahlungen beschlossen, obwohl es der Bank immer noch schlecht geht und obwohl nicht absehbar ist, ob das Land von den damit verbundenen Risiken in absehbarer Zeit befreit wird. Oder um es etwas weniger diplomatisch zu sagen: Herr Nonnenmacher und seine Angestellten

füllen sich die Taschen mit den Steuergeldern, die in die Bank gesteckt wurden, um noch mehr Schaden vom Land abzuwenden. Der Vorschlag, dass Manager trotz Gehaltsdeckelung Bonus-Zahlungen kassieren können, verschlägt einem die Sprache. Das ist unerträglich!

Der SSW hat hier eine klare Haltung: Erst wenn das Geld der schleswig-holsteinischen Steuerzahler wieder zurückgezahlt wurde und wir als Land kein Risiko für die Bank mehr tragen, können auch die Manager für ihre Arbeit mehr Geld bekommen – wenn sie ihre Arbeit denn gut machen. Sie müssen sich ihre Belohnung aber erst verdienen!

Ebenso unerträglich ist es, dass die Landesregierung sich beflissentlich aus all dem heraushält. Die Große Koalition hat sich vor den Sommerferien aus dem Aufsichtsrat der Bank zurückgezogen und die neue will anscheinend auch keine Verantwortung übernehmen. Die Landesregierung verzichtet freiwillig auf ein direktes Mitspracherecht. Sie wäscht ihre Hände in Unschuld während HSH-Chef Nonnenmacher und der neue Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper die politisch Verantwortlichen und alle Bürger unseres Landes an der Nase herumführen.

In der Vergangenheit ist eben diese gute Arbeit jedenfalls nicht geschehen – um es milde zu formulieren - und deshalb war es notwendig, auch in der neuen Wahlperiode einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der Ausschuss beginnt jetzt erst wieder seine Arbeit, aber eine Lehre allerdings kann ich heute schon ziehen: Es ist immer schwierig, politische Ziele in Aktiengesellschaften umzusetzen und es ist noch schwieriger, Vorstände und Aufsichtsräte zu kontrollieren. Privatrechtliche Gesellschaften führen quasi ein Eigenleben und die politischen

Einflussmöglichkeiten sind gering. Deshalb will jede Privatisierung genau überlegt sein. Gibt man einmal eine Aufgabe ab, ist dies kaum mehr rückholbar und was dann geschehen kann, zeigt die Krise um die HSH-Nordbank deutlich.

Det anden emne, der var prægende i de sidste måneder var CO2-debatten. SSW har lige fra starten været foregangsmand, når det handlede om at forhindre den underjordiske lagring af CO2 – ikke kun i vort område, men i det hele taget.

Der SSW ist allen im Landtag voraus marschiert, wenn es um die unterirdische CO2-Endlagerung in Schleswig-Holstein geht. Aber wir begrüßen, dass die anderen stets gefolgt sind und verbal immer wieder versucht haben, uns zu überholen. Denn es geht um die Sache.

Es geht nicht nur um Zweifel, ob man CO2 für Jahrtausende sicher in einem Endlager einschließen kann. Es geht auch um die Frage, wie lange wir noch Kohlekraftwerke haben wollen. Die CO2-Endlagerung in Deutschland ist bisher nur ein unausgegorenes, theoretisches Konzept und wäre frühestens in 20 Jahren reif. Zu dem Zeitpunkt wollen wir den Grundbedarf an Energie aber nicht durch die Verbrennung von Kohle sondern durch regenerative Energien decken. Die enormen öffentlichen Forschungsgelder, die für CCS nötig sind, müssen deshalb in zukunftsträchtige Energieformen gesteckt werden. Für unsere Geest kommt noch hinzu, dass wir den Untergrund möglicherweise noch als Druckluftspeicher benötigen, um die Energie aus der regenerativen Stromerzeugung speichern zu können und so grundlastfähig zu machen. Mit CO2-Endlagern würden wir uns selbst dieser Möglichkeit berauben. Das wäre schlichtweg dumm.

CCS dient nicht den Bürgern. CCS dient nicht dem Klima. CCS dient allein den Betreibern von Kohlekraftwerken, die zukünftig für CO₂-Emissionen teuer bezahlen müssen. Die langfristigen Kosten für diese Technologie müssten aber die Steuerzahler tragen. Deshalb kämpfen wir auch weiter dafür, dass in Deutschland die unterirdische CO₂-Endlagerung verboten wird. Das ist rechtlich durchaus möglich, denn die EU setzt sich zwar für CCS ein und fördert sie. Sie stellt es aber den Mitgliedsländern frei, inwiefern sie sie nutzen. Und wir wollen diese Technologie gar nicht nutzen!

Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen weder ein CO₂-Endlager noch Forschungsexperimente im Vorfeld. Sie wollen eine andere Energiepolitik. Und dafür steht der SSW! Wir werden auch in den kommenden Jahren in der ersten Reihe dafür kämpfen, dass die CO₂-Endlagerung das bleibt was sie ist. Eine irre Idee von weltfremden Wissenschaftlern und profitgeilen Energiekonzernen. Dass wir dabei auch dem richtigen Weg sind und die Menschen hinter uns haben, hat unser Wahlergebnis gezeigt. Nicht umsonst haben wir auf der Geest enorme Stimmzuwächse gehabt. Nicht umsonst sind wir stärkste Kraft in Wallsbüll geworden. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns ihr Mandat gegeben, weiter gegen CCS zu kämpfen und wir werden alles tun, um die Hoffnungen, die in uns gesetzt werden, nicht zu enttäuschen.

Dermed slutter jeg min beretning. Jeg håber, at det er landdagsgruppens sidste. For næste år får i for første gang i over halvtreds år en beretning fra landdagsfraktionen - og jeg håber, at det bliver ved sådan i de næste 50 år.

Tak for opmærksomheden. Tunk fort tuhiiren.